Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Ollenhauer, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4106/4109

Anschrift für Redaktion und Geschäftsleitung: Berlin SW 61, Zeitungsstraße 6
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Verbreitung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf direkt folgenden Zustellungsweg gestattet. Abweichungen bedürfen 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht schon vorher vereinbart, Stellungnahme für alle Bezieher in Berlin.

Berlin, den 17. Januar 1930

Die Frage der Sanktionen.

Von Rudolf Breitscheid.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Allem Anschein nach wird in den kommenden parlamentarischen Debatten über den Youngplan und die Younggesetze die Regelung der Sanktionsfrage die Hauptrolle spielen, und schon jetzt werfen diese Auseinandersetzungen in der Presse ihre Schatten voraus. Dass die Organe der Rechtsparteien die im Haag getroffene Vereinbarung aufs heftigste angreifen, ist nicht weiter verwunderlich. Sie müssen ja darauf bedacht sein, einen Punkt zu finden, an dem die Opposition ihren Hebel ansetzen kann. Es überrascht auch nicht, dass sie vielfach eine falsche Darstellung von Sinn und Tragweite des Abkommens geben. Wir kennen ja schliesslich seit langem ihre demagogischen Talente. Aber auch die "Germania" übt eine recht weitgehende Kritik an der Haager Vereinbarung, und das ist weniger verständlich, zumal das andere grosse Zentrumsblatt, die "Kölnische Volkszeitung" die Dinge sehr viel ruhiger und besonnener beurteilt.

Die Regelung der Sanktionsfrage beruht auf einem Notenwechsel zwischen den Vertretern der Gläubigermächte und der deutschen Delegation. Sein Inhalt ist im wesentlichen der folgende: Die Gläubigermächte nehmen die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Jahresleistungen gemäss den Bestimmungen des neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung ihrer Verbindlichkeiten an. Sie fassen aber doch die Möglichkeiten ins Auge, dass eine zukünftige deutsche Regierung sich zu Handlungen herbeilassen könnte, die den Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreissen. In diesem Falle wollen die Gläubigerregierungen den ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag mit der Frage befassen, ob dieser böse Wille tatsächlich vorhanden ist. Fällt der Gerichtshof eine bejahende Entscheidung, so gewinnen die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wieder, um die Ausführung der Verpflichtungen sicherzustellen. Auf der anderen Seite bedauert die deutsche Regierung zwar, dass die Eventualität einer Zerreissung des Youngplanes überhaupt in Betracht gezogen wird, erklärt es aber für berechtigt, dass die Gläubigerregierungen im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

Grundlegende Norm alles Völkerrechts ist der alte Satz: pacta sunt servanda - Verträge müssen gehalten werden -. Wer einen völkerrechtlichen Vertrag bricht, gibt damit dem durch den Bruch geschädigten Partner das Recht, die Massregel zu ergreifen, durch die er glaubt, den ihm erwachsenden Schaden abwenden oder wieder gut machen zu können. Solcher Mittel gibt es verschiedenartige, vom Krieg angefangen bis zu Repressalien oder Schikanen auf wirtschaftlichem Gebiet. Ihre jeweilige Anwendung wird abhängen einmal von der Aussicht, die sie verspricht und zum anderen von dem Grad von Bewegungsfreiheit, den in Geltung befindliche völkerrechtliche Verträge dem Geschädigten gewähren.

Es ist sicherlich sehr unerfreulich, dass die Möglichkeit eines böswilligen Versagens Deutschlands überhaupt debattiert und in den Notenwechsel mit

aufgenommen worden ist. Dadurch hat man ein Moment des Misstrauens in die Abmachungen getragen, das sich sicher immer wieder der Schaffung eines wirklichen Ausgleichs hindernd in den Weg stellen wird. Sachlich aber wird durch die entsprechenden Sätze in den beiderseitigen Noten nichts geändert. Denn wer einen Vertrag mutwillig zerreisst, muss auf die Anwendung von Gegenmassregeln gefasst sein. Er muss sie in Rechnung stellen in dem Augenblick, wo er seinen Entschluss fasst, und unser Bedauern über die Hineinarbeitung solcher Klauseln in das gegenwärtige Abkommen könnte sich ausserdem sehr viel stärker äussern, wenn eben nicht sowohl die Volksbegehrler, wie Herr Schacht der Gegenseite zum mindesten den Vorwand für ihr vertragsmässig festgelegtes Misstrauen gegeben hätten. Die "nationale Opposition" dieser Kreise hat wieder einmal die wirklichen nationalen Interessen unseres Landes schwer geschädigt.

Nun müssen wir uns aber auch daran erinnern, dass bisher der Artikel 430 des Versailler Vertrages galt, wonach bei deutschen Vertragsverletzungen das Recht zur militärischen Wiederbesetzung deutschen Gebiets bestand. Die Reparationskommission hatte über das Vorhandensein solcher Verfehlungen zu befinden. Diese Reparationskommission, die sich aus den Vertretern der Sieger- und Gläubigermächte zusammensetzte, wird jetzt beseitigt, und die Entscheidung darüber, ob tatsächlich ein böswilliger Verstoss Deutschlands gegeben ist, liegt von nun ab dem ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag ob, an dessen Unparteilichkeit ein Zweifel nicht gestattet ist. Man hat darüber diskutiert, ob sich ein einzelner der Gläubigerstaaten oder nur ihre Gesamtheit an den Gerichtshof wenden könne, und man ist schliesslich dazu gelangt, auch dem einzelnen dieses Recht zu gewähren. Wenn nun die "Germania" diese Lösung als "am allerbedenklichsten" ansieht, so darf doch darauf hingewiesen werden, dass es nach den vorliegenden Meldungen gerade der dem Zentrum angehörende Minister Dr. Wirth gewesen ist, der sie auf der Konferenz befürwortet hat. Es lässt sich darüber streiten, welcher Ausweg der bessere sei. Aber wenn man wie wir den Fall einer vom Gerichtshof als böswillig anerkannten Zerreissung des Youngplanes überhaupt für unmöglich ansieht, so ist die Frage, wer den Gerichtshof anrufen darf, von sehr untergeordneter Bedeutung.

Bleibt das Wort von der vollen Handlungsfreiheit der Gläubiger, das an sich wohl zu schweren Befürchtungen Anlass geben kann. Indessen darf da zunächst auf den Kommentar hingewiesen werden, den die halbamtliche französische Nachrichtenagentur der Haager Abmachung widmet. "Die Repressalienmassnahmen", so heisst es da, "deren Berechtigung von Deutschland von vornherein anerkannt wird, werden finanzieller oder wirtschaftlicher Art sein oder auf dem Gebiete der Beschlagnahme liegen." Hier ist keine Rede mehr von militärischen Sanktionen, deren Möglichkeit im Versailler Vertrag und auch in dem Dawesplan vorgesehen war, und das entspricht durchaus den in Kraft befindlichen völkerrechtlichen Verträgen, wie Völkerbundspakt, Kelloggpakt und Locarnovertrag, die derjenige Staat verletzen würde, der zu neuen militärischen Besetzungen schritte. Völkerrechtlich unzulässiges Verhalten des einen Partners gibt dem anderen, auch wenn er geschädigt wird, nicht die Befugnis, sich über andere altende Verträge hinwegzusetzen.

Wir mögen es also wie gesagt beklagen, dass die Eventualität eines bewussten Vertragsbruches überhaupt in Rechnung gestellt worden ist, und dass man es nicht bei dem Mechanismus, den der Youngplan selbst für den Fall deutscher Zahlungseinstellungen vorsieht, hat bewenden lassen. Für die Praxis jedoch ist der Notenwechsel kaum von Bedeutung. Wir vermögen uns keine Regierung in Deutschland vorzustellen, die den Mut aufbrächte, den Youngplan einfach von sich aus für ungültig zu erklären. Ein solcher Akt könnte nur vollzogen werden von Leuten, die zu dem verbrecherischen Entschluss fähig wären, nicht nur den deutschen Kredit und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren, sondern auch das ganze internationale Gebäude zu zerstören, das in zehn-

jähriger mühsamer Arbeit aufgerichtet worden ist. Selbst wenn Hugenberg und Hitler an die Macht kämen, würden sie sicher vor einer solchen Handlung zurückschrecken, die nur zur Folge hätte, dass sie selbst unter den Trümmern Deutschlands begraben würden.

Die französischen Delegierten haben den widerstrebenden Elementen in ihrer Kammer die Annahme des Youngplanes erleichtern wollen. Deutschland hat deswegen ein Zugeständnis machen müssen, das recht unangenehm und unbequem sein mag, aber doch keineswegs eine Belastung darstellt, wie sie die Rechtspresse konstruiert. Und überdies sind diejenigen für das Unerfreuliche der Entscheidung am meisten verantwortlich, die am lautesten von der Verletzung der deutschen Ehre und von der Fesselung der deutschen Freiheit reden.

SPD. Die ausserordentliche Geldknappheit der Sowjetregierung hat inzwischen einen so katastrophalen Charakter angenommen, dass trotz der neuerdings auch von der bolschewistischen Presse zugegebenen grossen Nahrungsmittelnot noch fortgesetzt russisches Getreide ins Ausland exportiert wird. Die Ausfuhr erfolgt zwecks Erlangung von Devisen und die Devisen braucht die Sowjetregierung, um ihren ausländischen Verpflichtungen gerecht werden zu können. Diese Frucht der bolschewistischen Politik hat im Ausland eine ungeheure Überraschung ausgelöst und den geringen ausländischen Kredit der Sowjetregierung auf das schwerste erschüttert.

In ihrer Not greift die Sowjetregierung zu den verwerflichsten Mitteln. Nicht nur, dass sie dem an sich schon hungernden Volk durch die Ausfuhr grosser Getreidemassen den Brotkorb noch höher hängt. Sie hat gleichzeitig zu einem System der Steuereintreibung gegriffen, das geradezu an Barbarei grenzt und grosse Teile des geknechteten Volkes der letzten Habe beraubt. Ob jemand Steuern rückständig ist oder nicht, erhält er neuerdings eine sofort fällige neue Einschätzung. Zahlt er nicht sofort, weil er einfach nicht zahlen kann, dann wird mit einer Brutalität vorgegangen, die für westeuropäische Begriffe einfach nicht vorstellbar ist. So wird uns z.B. aus einer absolut einwandfreien Quelle aus Odessa folgendes berichtet : In der Nacht vom 26. zum 27. Dezember wurden mit Hilfe der G.P.U. und der Miliz bei allen Steuerschuldnern Haussuchungen vorgenommen. Das vorhandene Geld wurde kassiert, alle Wertsachen, selbst Kartoffeln und alle für das tägliche Leben unentbehrlichen Gegenstände wurden nicht etwa beschlagnahmt, sondern auf bereitstehenden Lastwagen sofort abtransportiert. Die von diesen Massregeln betroffenen Bauern sind Handwerker, Heimarbeiter und kleine Gewerbetreibende.

Aus Kiew wird uns ein ähnlicher Fall berichtet: Dort wurden in den letzten Nächten ebenfalls mit einer selbst in Sowjetrussland bisher nicht beobachteten Grausamkeit Haussuchungen zur Eintreibung von Steuerschulden vorgenommen. Kleidung, Wäsche, Hausrat, was überhaupt zu transportieren war, wurde von den G.P.U. weggeschleppt. Den Handwerkern beliess man nicht einmal das zur Ausübung ihres Berufes notwendige Handwerkszeug. Die Bevölkerung ist angesichts dieser barbarischen Massnahmen geradezu verzweifelt.

Warum diese Barbarei? Weil die Erschiessungen und Verhaftungen nichts nutzen, weil die Kassen der Sowjetregierung trotz aller Hinrichtungen und trotz der Überfüllung sämtlicher Gefängnisse nach wie vor leer sind. So entschloss man sich, der gehetzten Bevölkerung, soweit sie überhaupt noch etwas besitzt, das Letzte zu nehmen und sie ihrem Schicksal, d.h. dem Hungertod, zu überlassen.

SPD. Chemnitz, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Das sächsische Ministerium des Innern hat für das Gebiet der Stadt und Amtshauptmannschaft Chemnitz sowie des Bezirks Burgstädt alle Versammlungen einschliesslich Umzüge unter freiem Himmel mit Wirkung vom 18.Januar ab zunächst auf die Dauer von einer Woche verboten. Das Verbot richtet sich in erster Linie gegen die Demonstration, zu der von dem Chemnitzer Kommunistenorgan anlässlich der Beerdigung der Opfer des Hartmannsdorfer Zusammenstosses für Sonnabend aufgerufen worden war.

Der Hartmannsdorfer Zwischenfall hat inzwischen ein 5.Todesopfer gefordert Ein schwerverletzter Arbeiter ist in der Nacht zum Freitag in Chemnitz seinen Verletzungen erlegen.

SPD. Der Kampf des Privatkapitals um die Privatisierung der öffentlichen Versorgungsbetriebe der Kommunen hat Formen angenommen, die die schärfste öffentliche Verurteilung und zugleich die rücksichtsloseste Abwehr erfordern.

Wie der "Soz.Pressedienst" erfährt, bestehen zwischen den privaten Banken, insbesondere den Grossbanken, bestimmte Abreden, durch die Förderung der kommunalen Finanznot die Städte zum Verkauf kommunaler Werksubstanz zu zwingen. Dieses stille Übereinkommen der privaten Grossbanken sieht vor, dass die Banken jede Aktie und jedes Aktienpaket aufzukaufen haben, das aus kommunaler oder staatlicher Hand zu haben ist, sofern es sich um öffentliche Unternehmungen, besonders um Versorgungsbetriebe, handelt. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die gegenwärtige, durch die Verhältnisse auf dem inländischen und ausländischen Kapitalmarkt an sich schon ausserordentlich schwierige Finanzlage der öffentlichen Hand dazu ausgenützt, durch Kreditkündigungen die finanziellen Schwierigkeiten zu verstärken. Derartige Kündigungen sind in der Tat ohne ersichtlichen Grund von ersten deutschen Banken schon vorgenommen worden. Eine dieser Banken ist die von Jakob Goldschmitt geführte Darmstädter- und Nationalbank (Danat). Ausserdem aber hat das den privaten Banken in diesem Falle durchaus gemeinsame Ziel dazu geführt, dass bei der Drosselungs- und Kampfaktion gegen die offentliche Wirtschaft die sonst bestehenden Gegensätze zwischen den grossen Banken zum Schweigen gebracht wordensind.

Dieses Vorgehen der Banken ist von einer ungeheuerlichen volkswirtschaftlichen Gefahr begleitet. Bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes und dem gegenwärtigen Stande der industriellen Beschäftigung bedeutet dieses Vorgehen eine glatte Verneinung der volkswirtschaftlichen Funktion der Banken im Interesse privatkapitalistischer, letzten Endes hochpolitischer Zwecke. Dieser Gefährdung der gesamten Volkswirtschaft kann nicht anders begegnet werden, als dass man diese Bankenkampagne in der Öffentlichkeit brandmarkt und zum Widerstand dagegen aufruft. Die ausgesprochenen und in Aussicht stehenden Kreditkündigungen dürfen nicht mehr verschwiegen werden. Sie müssen der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Die betroffenen Städte und anderen öffentlichen Körperschaften müssen sich darüber ins Einverständnis setzen, dass mit denjenigen privaten Banken und Bankiers, die ohne erkennbaren triftigen Grund öffentlichen Körperschaften Kredite kündigen, in Zukunft kein Bankgeschäft mehr durchgeführt wird.

Was neuerdings von den Banken organisiert worden ist, ist der stillschweigende Finanzboykott der öffentlichen Körperschaften, ist die systematische Zerstörung der öffentlichen Finanzen, ist die systematische Züchtung von Pleitegeiern, um die öffentliche Wirtschaft und die öffentlichen Körperschaften zu diskreditieren. Demgegenüber hilft nur Abwehr und zwar in der rücksichtslosesten Form.

SPD. Itzehoe, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In Itzehoe sollte die Einführung eines neuen kommunistischen Stadtverordneten erfolgen. Bei derartigen Einführungen ist es üblich, dass sich der Stadtverordnete während der Sitzung zum Bürgermeister begibt. Der Kommunist weigerte sich jedoch und erklärte :

"Wenn der Herr Bürgermeister mich einführen will, dann fordere ich denselben auf, sich zu mir herzubemühen und die Einführung vorzunehmen. Ich lehne es ab, zu dem Bürgermeister zu gehen, denn der Weg von ihm zu mir ist nicht weiter als derjenige von mir zu ihm."

Das Stadtparlament grinste vor Vergnügen. Unterdessen erwiderte der Bürgermeister dem Kommunisten, dass er in Anbetracht der Sachlage auf seine Einführung verzichten müsse, was bedeuten würde, dass der Revolutionär kein Stadtverordneter würde. Das war dem Kommunisten jedoch zu viel. Er stand auf, ging zum Bürgermeister und zeigte sich so artig, dass er von dem Stadtparlament zum zweiten Mal höhnisch ausgelacht wurde.

SPD. Dresden, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Arbeitsminister Elsner hat am Freitag sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt.

SPD. Karlsruhe, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Badische Landtag billigte am Freitag nach einer zweitägigen politischen Aussprache die Regierungserklärung des Staatspräsidenten und sprach dem Kabinett mit 48 gegen 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen sein Vertrauen aus. Die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten wurden mit grosser Mehrheit abgelehnt.

SPD. Stuttgart, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs ist durch das Eintreten eines Teils der Partei, insbesondere der Parteileitung, für den Eintritt in die Regierungskoalition Bolz-Bazilles ein heilloses Durcheinander entstanden. Davon legte insbesondere der Verlauf einer Sitzung Zeugnis ab, die vom Landesvorstand der Partei gemeinsam mit der Landtagsfraktion abgehaltenwurde. Die Sitzung verlief ergebnislos.

Aus den Verhandlungen war nach den vorliegenden Zeitungsberichten zu entnehmen, dass den Anstoss zur Erörterung der Frage der Regierungsbeteiligung die Vertreter von Handwerk und Hausbesitz gegeben haben, deren Wortführer die Abgeordneten Henne-Tübingen und Julius-Hausmann-Stuttgart sind. Dem Druck dieser Gruppe hat die Parteileitung nachgegeben. Sie ist aber auch noch von anderer Seite zum Eintritt in die Regierung gedrängt worden und zwar ging das aus einer Mitteilung des Vorsitzenden, Abg. Bruckmann hervor. Er sprach die Meinung aus, dass die Demokratische Partei in Zukunft nicht mehr wie bisher vom Stuttgarter "Neuen Tagblatt" unterstützt werden würde, wenn sie die Regierungsbeteiligung ablehne. Diese, die Lage scharf kennzeichnende Mitteilung wurde von dem in der Sitzung anwesenden Chefredakteur Brackmann bestätigt.

Innerhalb der Vertretung der Industrie gehen die Meinungen auseinander. Während die Abgeordneten Bruckmann und Wieland für die Beteiligung sind, haben sich die Abgg. Maute und Hieber dagegen ausgesprochen. Der Abg.Roth schwankt noch.

Die endgültige Entscheidung soll nunmehr von dem Landesvertretertag der Partei gefällt werden, der für Sonntag einberufen worden ist.

SPD. München, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die bayerische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt, der mit Wirkung vom 1.Oktober 1930 anordnet, dass Schlachttiere vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind. Da Ausnahmen nur bei Notschlachtungen und bei Geflügel und Kaninchen zugelassen sind, handelt es sich bei dem neuen Gesetz, das auf einen Mehrheitsbeschluss des Landtages zurückzuführen ist, um ein Verbot des jüdischen rituellen Schächtens für Bayern. Als Strafe für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz und seine Vollzugsvorschriften, in denen die Anwendung der verschiedenen Betäubungsarten geregelt ist, sind Geldbussen von 3 - 10 000 Mark oder Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten angedroht.

SPD. Paris, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Frankreich wird zu der am Montag in London beginnenden Flottenkonferenz nicht weniger als vier Minister (Tardieu, Briand, Kolonialminister Piétri und Marineminister Leygues) und eine Delegation von 80 Personen entsenden. Diese wahrhaft gigantischen Vorbereitungen sind aber durchaus nicht das Produkt einer allzu grossen Konferenzfreudigkeit auf französischer Seite. Die Stimmung der französischen Presse ist weiterhin recht flau und zwar nicht nur was die Erfolgsaussichten der Konferenz, sondern auch was ihre Kompetenz betrifft.

Der "Temps" wiederholt am Freitag in einem Artikel über die sachliche Aufgabe der Konferenz die alte Formel, dass nämlich die Beratungen auf die Vorbereitung und Erleichterung der Tätigkeit des Genfer Abrüstungskomitees beschränkt werden müssten, das allein ermächtigt sei, in der Frage der voneinander untrennbaren Abrüstung zu Wasser, zu Land und in der Luft bindende Entscheidungen zu treffen.

"Paris Midi" meldet am Freitag, dass die italienische Delegation von Mussolini die Instruktion erhalten habe, auf der Londoner Konferenz eine über den englisch-amerikanischen Vorschlag weit hinausgehende Beschränkung der Rüstungen zu verlangen, und den Beitritt Italiens zu dem von England angeregten Mittelmeer-Abkommen von der Bedingung abhängig zu machen, dass Frankreich vorher seine Bündnis-Verträge mit Jugoslawien kündige.

SPD. Köln, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Vor den Funktionären der Kölner Sozialdemokratie äusserte sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hertz am Freitag abend über die wirtschaftliche, finanzpolitische und politische Lage des Reiches. Hertz führte u.a. aus :

Insgesamt wird das Reich durch die gewaltige Erwerbslosigkeit in den Jahren 1928, 1929 und 1930 mit 800 bis 900 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung belastet sein. Daraus ergeben sich bereits für die nächsten Monate erneut grosse Schwierigkeiten für die Kassenlage des Reiches. Ende März, vielleicht sogar schon Ende Februar, wird das Reich wiederum Kredite aufnehmen müssen, wenn es seine Zahlungsfähigkeit aufrecht erhalten will. Wie unter diesen Umständen der neue Reichsfinanzminister Moldenhauer in seiner Weihnachtsbotschaft Finanzgesundung und Steuererleichterung in "harmonischen Zusammenhang" bringen kann, bleibt sein Geheimnis. Wer für die nächste Zeit Steuersenkungen in Aussicht stellt, kennt entweder die Finanzverhältnisse des Reiches nicht oder handelt fahrlässig. Das Finanzprogramm der Reichsregierung ist heute ein historisches Dokument und keine politische Realität, also ein leeres Versprechen.

Manche Kreise des Bürgertums verlangen Ausgabenkürzungen, um dennoch die Besitzsteuern senken zu können. Dabei leitet sie nicht nur der Wunsch nach eigener steuerlicher Entlastung, sondern auch das Bestreben, den Staat arm zu machen, um ihn dadurch in ihre Gewalt zu bringen. Die arbeitenden Volksschichten brauchen aber nicht einen armen, sondern einen leistungsfähigen Staat. Denn nur der leistungsfähige Staat ist imstande, sie in ihrem Lebenskampf zu unterstützen. Das ist kein egoistisches Interesse der breiten Massen, sondern dient zugleich dem Nutzen der Gesamtwirtschaft. Sozialpolitik ist kein Hindernis für die Wirtschaftsbelebung, sondern eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen. Finanzgesundung und Schutz der sozialen Ausgaben sind deshalb gleich wichtig. Sparsamkeit ist eine nützliche Absicht, aber nur an der richtigen Stelle. Die militärischen Ausgaben, die Pensionsbezüge der hohen Offiziere und Beamten, die Subventionen sind Beispiele für solche Ersparnismöglichkeiten.

Hertz befasste sich schliesslich u.a. auch noch mit dem "Fall Schacht" und führte dazu aus : Das Auftreten Dr. Schachts im Haag hat bewiesen, dass er aus politischen Erwägungen die Unabhängigkeit der Reichsbank missbräuchlich ausgenutzt hat. Genau wie bei der Pariser Sachverständigenkonferenz, so hat er auch jetzt die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen versucht. Schacht gibt sich den Anschein, als ob die Kreditwürdigkeit des Reiches von ihm abhänge. Nach der Stellungnahme der Amerikaner im Haag ist davon jetzt nicht mehr die Rede. Herr Schacht ist nicht nur ein entbehrlicher Mann, sein Rücktritt würde vielmehr die deutsche Aussenpolitik unzweifelhaft erleichtern. Ob ein solcher Mann loyal an der Durchführung des Youngplanes, den die Mehrheit des deutschen Volkes anzunehmen bereit ist, mirwirken will und kann, muss daher bezweifelt werden. Man fragt sich, ob nicht Herrn Schacht bei seiner verworrenen Politik doch ein grösseres Ziel vorschwebt. Niemals aber dürfen Zweifel an der Durchführbarkeit des Youngplanes dazu führen, die inneren Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands zu verschlechtern, wie das durch die Absperrung vom Auslandsgeldmarkt geschieht. Herrn Schacht, der auf Grund des Dawesplanes regiert, muss deshalb durch Änderung des Reichsbankgesetzes und auf Grund eigener Entscheidung der deutschen Gesetzgebung die Möglichkeit genommen werden, eine Nebenregierung der Reichsbank gegenüber der Reichsregierung aufzurichten. Es ist eine Irreführung, als würde damit die Währung gefährdet werden. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, den in der Gesetzgebung vorgesehenen Schutz der Währung irgendwie anzutasten. Stärkster Schutz der Währung durch Aufrechterhaltung aller Bestimmungen, die die Reichsbank verhindern, dem Reich unbegrenzte Kredite zu geben, ist daher notwendig. Eine Gefährdung der Währung droht nur von einer Politik des Herrn Schacht, die auf eine Gefährdung der Wirtschaft hinausläuft.

Hertz schloss: Die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb und zu der Regierungskoalition wird von den Entscheidungen über die Aussenpolitik, die Finanzpolitik und die Wirtschaftspolitik abhängen. Es ist nicht wahr, wenn Zentrumsblätter sagen, die Sozialdemokratie suche nach einem plausiblen Grund zum Austritt aus der Regierung. Viel eher kann man dem Zentrum nachsagen, dass es, wie Herr Treviranus behauptet, nur auf die Klärung in der Rechten warte, um den Bruch mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und eine durchgreifende Reichs- und Finanzreform mit der Rechten durchzuführen. Und hat nicht die Deutsche Volkspartei bereits innerhalb der bestehenden Koalition dauernd Krisen hervorgerufen? Die Sozialdemokratie will eine Politik, die unter Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems die Republik schützt und ausbaut. Sie will ihren Einfluss im Parlament und in der Regierung zur Sicherung einer Politik benutzen, die das deutsche Volk vor politischen Krisen bewahrt und seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert. Daher warnt sie die deutsche Arbeiterklasse vor den neuen Putschversuchen der Kommunisten, die nur Not und Elend vergrössern können, verlangt jedoch auch von den bürgerlichen Regierungsparteien, dass sie mit ihr zusammen den ernsten Willen zeigen, der Not des Reiches und der Not des Volkes Herr zu werden.

SPD. Hannover, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am Freitag der Prozess gegen die Urheber des kommunistischen Sprengstoff-Attentats auf die Vorschuss-Vereinsbank. Das Attentat wurde im Juli 1929 begangen. Auf der Anklagebank sitzen der 30 jährige Heinrich Buchholz und sein 28 jähriger Bruder Friedrich. Nicht weniger als 31 Zeugen sind geladen.

Der erste Verhandlungstag gibt bereits einen Einblick in die trübe und verbrecherische Atmosphäre, die in der KPD herrscht. Einer beschuldigt den anderen der grössten Verbrechen, keiner traut dem anderen, weil er ihn für einen Polizeispitzel hält. Der Angeklagte Heinrich Buchholz, ein vollkommen verworrener Mensch, ist wegen schweren Diebstahls vorbestraft. Er war kurze Zeit bei der Reichswehr. Seine Beziehungen zur Kommunistischen Partei stellt er in Abrede, gibt aber zu, an einem Umzug der "Roten Hilfe" teilgenommen zu haben. Einige Tage vor dem Attentat will er in der Nähe des kommunistischen Parteihauses einen Mann getroffen haben, der ihn bat, eine Kiste in die Wirtschaft zu tragen, in der sich u.a. das Büro der "Roten Hilfe" befand. Der Angeklagte will diesen Mann zunächst nicht gekannt haben. Später äussert er jedoch, dass er ihn doch kenne, er den Namen jetzt jedoch noch nicht nennen wolle. Von dem als Hauptzeugen geladenen Arbeiter Erich Schmidt, der zurzeit des Attentates Vorsitzender der "Roten Hilfe" und Mitglied der Bezirksleitung der KPD war, behauptet Buchholz, dass Schmidt Opfer gesucht habe, um sie auf die Schlachtbank zu führen. In der Nacht, als das Attentat begangen worden sei, will der Angeklagte in der Nähe des Attentatsortes gewesen sein. Als er den Knall der Explosion gehört habe, sei er mit anderen an den Tatort gelaufen. Da habe er auch Erich Schmidt gesehen.

Friedrich Buchholz redet, als ob er alles auswendig gelernt hätte. Er äusserst sich zunächst über seine Beziehungen zu Erich Schmidt, mit dessen Ausweisen er für die "Rote Hilfe" gesammelt habe. Er habe 350 - 400 Mark aufgebracht und pro Tag 5 -7 Mark Entschädigung erhalten. Schmidt hat ihm angeblich von ganz ungeheuren Plänen erzählt. Danach wollte Schmidt 80 Kanoniere ausgebildet haben, die angeblich eingesetzt werden sollten, sobald mit Stosstrupps die Kasernen in Hannover eingenommen worden waren. Nach ihrer Besetzung wollte Schmidt, wie Buchholt erklärte, die Bremer Kaserne stürmen. Auch habe Schmidt ihm (Buchholz) in Hannover Stellen gezeigt, wo er Bomben hinlegen könne und zwar namentlich in der Nähe der Synagoge, der Reichsbank und des Finanzamtes Nord.

Buchholt ist geständig, in der betreffenden Nacht an der Synagoge und in der Kanalstrasse vor der Vorschuss-Vereinsbank zwei Staufferbuchsen voll Explosivstoff gelegt und durch Zündschnur entzündet zu haben. Er belastet aber Schmidt insofern schwer, als er mitteilt, dass jener ihm drei solcher Staufferbuchsen gegeben und gesagt habe, er würde sie ja selbst werfen, aber die Polizei würde ihn am anderen Tag verhaften, weil sie ihn kenne.

SPD. Hamburg, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Der aus den Revolutionstagen als "nationaler" Mann bekannte und berüchtigte "Leutnant" Krull wurde am Freitag zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Krull, der in Wirklichkeit niemald Leutnant gewesen ist, hatte sich mit einem Freund an eine verheirateto Frau herangemacht, von der er wusste, dass sie intime Beziehungen zu diesem Freund gehabt hatte. Er unternahm bei der Frau wiederholt Erpressungsversuche und drohte u.a. auch mit Anzeige wegen Abtreibung. Unter diesen Drohungen hat er der verängstigten Frau grosse Geldbeträge und Schmucksachen abgepresst. Als Verwandte der Frau von der Angelegenheit hörten, veranlassten sie die Verhaftung des Krull, der zunächst auf Antrag seines Verteidigers zur Beobachtung in eine Krankenanstalt gebracht wurde. Von hier floh Krull. Drei Monate später wurde er wieder verhaftet.

Ein Sachverständiger erklärte im Verlauf des Prozesses, dass Krull der Typ eines pathologischen Schwindlers und Lügners sei. Mit Artikeln der kommunistischen Presse, in der er als Mörder der Rosa Luxemburg bezeichnet werde, sei er monatelang hausieren gegangen. - Der Staatsanwalt hatte wegen Erpressung, Betrug, Urkundenfälschung, Amtsanmassung, unbefugten Titelführens 6 Jahre Zuchthaus beantragt.

SPD. Man schreibt uns aus Marburg:

Als Minister Dr. Becker dieser Tage in Marburg weilte, um ein neues Forschungsinstitut einzuweihen und der Universität ihre neue Satzung auszuhändigen, wurde er beim Eintritt in die Universität in gemeinster Weise von Studenten beschimpft und beleidigt.

Rektor und Senat veröffentlichten darauf die folgende schwarzumränderte Traueranzeige in der Lokalpresse :

"Am vergangenen Dienstag hat eine kleine Gruppe von Studenten den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bei seinem Eintritt in die Universität durch beleidigende Zurufe beschimpft.

Durch dieses, eines Studenten unwürdige Benehmen, ist das Ansehen unserer Hochschule, der Ruf der gesamten Marburger Studentenschaft schwer geschädigt.

In der Gewissheit, dass alle unsere Kollegen und die überwältigende Mehrheit unserer Studenten diese Vorkommnisse aufs entschiedenste missbilligen, geben wir hiermit dem Gefühl unserer tiefsten Entrüstung öffentlich Ausdruck.

Marburg, den 15.Januar 1930. Der Rektor und Senat der Philipps-Universität."

Mit einer Traueranzeige darf dieser Fall nicht erledigt sein. Es muss endlich durchgegriffen werden!

Die Täter waren Korporationsstudenten von der völkischen Gilde Saxnot sowie Nationalsozialisten. Sie sind erkannt und ermittelt.

Man erinnert sich, dass vor Jahren der Marburger Student Eckardt auf friedlich demonstrierende Arbeiter mit dem Revolver schoss.

Man erinnert sich, dass der letzte Rektor Prof. Dr. Genzmer bei der Kundgebung gegen den Friedensvertrag redete, obgleich ihm das Verbot der Staatsregierung bekannt war. Er ging frei aus.

Man erinnert sich, dass die Universität Marburg plötzlich in Flammen aufging, als Dr. Breitscheid dort im Grossen Hörsaal sprach. Angeblich war es ein Zufall, ein Schornsteinbrand.

Man erinnert sich, dass in Thüringen Marburger Studenten 14 Arbeiter erschossen. Man sagt, auf der Flucht bei Nebelwetter. Angeblich.

Was wird das Ministerium tun, wenn die Universität als Disziplinarbehörde versagen sollte? Wird man endlich durchgreifen?

Der Staatsminister Dr. Becker hat das Wort zu durchgreifenden Massnahmen. Viele sind schon an ihm irre geworden, wenn sie sahen, wie die Republikfeinde triumphierten. Soll es so weiter gehen?

SPD. Paris, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die radikale Kammerfraktion hat am Freitag Camille Chautemps zum Präsidenten gewählt. Daladier und Malvy hatten auf eine Kandidatur verzichtet. Daladier offenbar mit Rücksicht auf die aus seiner Demarche für Daudet sich herleitende Verstimmung in der Fraktion.

In der gleichen Sitzung wiederholte Herriot seinen Protest gegen die Behauptung Tardieus, er habe bereits im Verlauf der Londoner Konferenz den Artikel 430 des Versailler Vertrages aufgegeben. Die Kammerfraktion beschloss einstimmig, dass Herriot den Ministerpräsidenten sofort nach seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz über die Angelegenheit interpelliert.

SPD. Genf, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Frage, ob es in der Kohlenfrage gelingt, ein Abkommen über die Arbeitszeit unter Tage fertigzustellen, ist auch am Freitag trotz zweitägiger Vermittlungsversuche noch nicht entschieden worden.

Mehr als 100 Anträge und Abänderungen sind in den beiden letzten Tagen eingereicht und verworfen oder zurückgezogen worden. Es zeigte sich, dass die Arbeitgeber und einige Regierungen, darunter Spanien, Polen und Österreich, nur ein Abkommen zugestehen wollen, das auf der Arbeitszeit des am längsten arbeitenden Landes beruht. Aber auch die übrigen Regierungen sind wenig geneigt Bestimmungen anzunehmen, die die jetzigen Arbeitsbedingungen in ihren Ländern verändern. Die Lage wird noch mehr kompliziert durch das Hineinspielen anderer Fragen. So enthielt sich der Vertreter der deutschen Regierung am Freitag bei der Abstimmung über die Arbeitszeit von 7 3/4 Stunden der Stimme, weil ihr Antrag, den Braunkohlentiefbau auszuschalten, nicht angenommen worden war. Der deutsche Regierungsvertreter vertritt den Standpunkt, dass der deutsche Braunkohlentiefbau der Randgebiete, der schon an und für sich gegenüber dem günstiger gelegenen Tagesbau benachteiligt ist, konkurrenzunfähig wird, wenn dort eine kürzere Arbeitszeit als im Braunkohlen-Tagebau eingeführt wird. Polen will solange nicht unter acht Stunden hinuntergehen, als nicht in allen Ländern, wie in Polen, eine gesetzliche Urlaubszeit vorgeschrieben wird.

Die Arbeitnehmer waren bereit, nachdem ihr Siebenstunden-Antrag und der englische Antrag auf 7½ Stunden gefallen waren, auf 7 3/4 Stunden zu gehen, wenn ausdrücklich bestimmt wird, dass diese Arbeitszeit nur als Übergangszeit von vielleicht zwei Jahren gedacht ist, und schon nach zwei Jahren weiter herabgesetzt werden kann. Sie verlangten ferner einen besonderen Kontrollausschuss, der die wirkliche Durchführung des Abkommens überwachen soll.

Man wird am Sonnabend vormittag versuchen eine Einigungsformel zustande zu bringen, die auf die Übergangswünsche der Arbeitnehmer, auf die deutschen Braunkohlensorgen und auf die englischen Wünsche betreffs der Berechnung der Arbeitszeit Rücksicht nimmt und damit eine knappe Mehrheit auf sich vereinigen könnte. Am Sonnabend-Nachmittag soll in einer öffentlichen Sitzung die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Konferenz und damit des ersten Versuches, die Arbeitszeit unter Tage besonders zu regeln, fallen.

SPD. Amsterdam, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Der niederländische Torpedoboot-Jäger "van Galen", der augenblicklich in den Helder vor Anker liegt, erhielt Auftrag, sich unverzüglich nach Curacao zu begeben. Da das Schiff bereits am Sonnabend früh den Helder verlässt, wurden mit grosser Beschleunigung Melde-Apparate und Flugzeug-Abwehrgeschütze an Bord geschafft. Ausserdem wurde dem Schiff ein Transport von 25 Mann Seesoldaten beigegeben, die unterwegs in der Bedienung der Geschütze ausgebildet werden sollen. Die Abwehrgeschütze sollen auf Curacao an bestimmten strategischen Punkten aufgestellt werden.

Auch das Erkundungsfahrzeug "Arend" wurde in die westindischen Gewässer entsandt. Das Schiff hat bereits den Helder verlassen.

SPD. London, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die amerikanische Delegation zur Flottenkonferenz ist am Freitag nachmittag in London eingetroffen und vom Aussenminister Henderson und dem ersten Lord der Admiralität (Marineminister) Alexander begrüsst worden. Die amerikanische Delegation umfasst einschliesslich des Stabes und der Frauen der Delegierten über 100 Personen.

SPD. Amsterdam, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Auf der Zuidersee ging in der Nacht zum Freitag ein auf der Insel Urk beheimatetes Binnenschiff unter, das mit einem Motorboot zusammengestossen war. Der an Bord befindliche Schiffer und seine Frau ertranken.

SPD. London, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Im Zentrum Londons, am Kingsway, dem neuen Geschäftsviertel des Londoner Westens, sprang am Freitag früh bei der Verladung der Morgenpost des Luftfahrtministeriums plötzlich ein Mann vor, fasste zwei Postsäcke und verschwand in ein Auto, das von einem Komplizen gelenkt wurde. Die beiden Diebe konnten trotz der Verfolgung durch verschiedene Automobile nicht gefasst werden. Das Luftfahrtministerium betont, dass die Säcke keinerlei Post von besonderem Wert oder besonderer Bedeutung enthalten haben.

Mit diesem neuesten Husarenstreich erhöht sich die Anzahl der gestohlenen oder sonst bei denPostbehörden in den letzten 12 Monaten abhanden gekommenen Postsäcke auf sieben.

SPD. Der Strafgesetzausschuss des Reichstags setzte am Freitag die Beratung der Bestimmungen über die Diebstahlsdelikte fort.

Zum § 333, der für Fälle der Unterschlagung Gefängnis androht, begründet Abg. Dr. Rosenfeld (Soz) einen Antrag, nicht nur Gefängnisstrafe, sondern neben der Gefängnisstrafe Geldstrafe anzudrohen, da es nicht gerechtfertigt sei, in Fällen der Unterschlagung von vornherein Gefängnisstrafe als die allein in Frage kommende Strafe anzusetzen. Der sozialdemokratische Antrag wurde nach kurzer Beratung angenommen. Angenommen wurde ferner der sozialdemokratische Antrag, im § 334, der bei unberechtigter Aneignung Gefängnisstrafe androht, die Geldstrafe als eine ebenso zulässige Strafe anzuerkennen, beschlosse

Zum § 335, der den Haus- und Familiendiebstahl behandelt und solche Delikte nur auf Antrag des Verletzten verfolgt wissen will, beantragten die Sozialdemokraten, dass ein Diebstahl unter Ehegatten straflos sein soll. - Abg. Dr. Rosenfeld (Soz) führte zur Begründung aus, dass es in vielen Fällen zweifelhaft sei, welchem der Ehegatten ein bestimmter Gegenstand gehöre und ausserdem die Prozesse unter Eheleuten zu den unerfreulichsten Erscheinungen gehörten. Der sozialdemokratische Antrag wurde schliesslich mit der Einschränkung angenommen, dass Diebstähle unter den Ehegatten dann straflos sein sollten, wenn beide Ehegatten zur Zeit der Tat in häuslcher Gemeinschaft lebten.

SPD. Warschau, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In Lodz kam es zu Zusammenstössen zwischen Polizei und Arbeitern, die das Büro einer Fabrik zu stürmen versuchten, weil ihnen seit Wochen keine Löhne ausgezhalt wurden. Mehrere kommunistische Redner wurden verhaftet.

SPD. Stuttgart, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Forderung der Stuttgarter Sozialdemokratie endlich ebenfalls in der Stuttgarter Stadtverwaltung massgebend vertreten zu sein, wurde von der bürgerlichen Fraktion des Stadtparlamentes abgelehnt, trotzdem die Sozialdemokratie im Rathaus die stärkste Fraktion bildet. Die Kommunisten zeigten sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal als Stützen der bürgerlichen Parteien. Sie stimmten ebenfalls gegen die Sozialdemokratie.

Die ausserordentlich rasche Entwicklung der Stadt Stuttgart in wirtschaftlicher, städtebaulicher und verkehrspolitischer Beziehung während der letzten Jahre hat nach der übereinstimmenden Meinung aller im Stuttgarter Gemeinderat vertretenen Gruppen die Teilung des bau- und verkehrstechnischen Referats nötig gemacht, das bisher allein von dem Bürgermeister Dr. Fiedler vertreten worden ist. Die auf dem Gebiet des Hochbaues liegenden Ausgaben solltendavon abgetrennt und zu einem selbständigen Amt ausgestaltet werden. Der Vertreter dieses Amtes sollte zur Stadtverwaltung im engeren Sinne gehören und als besoldeter Gemeinderat Mitglied der Gemeindevertretung sein. Da die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion des Gemeinderates aber in der eigentlichen engeren Stadtverwaltung bisher noch unvertreten ist, während das für die grösseren bürgerlichen Parteien zutrifft, hatte sie schon vor geraumer Zeit ihren Anspruch auf dieses Amt angemeldet. Sie ist dazu umsomehr berechtigt, als sie in der Person des zu ihrer Rathausfraktion gehörenden Architekten Beer eine für dieses Amt unzweifelhaft besonders geeignete Persönlichkeit präsentieren konnte. Beer hat sich als Vorstand der grössten und erfolgreichsten Siedlungsgesellschaft der Stadt, des Bau- und Heimstättenvereins, grosse Verdienste um die Beschaffung von vermehrter Wohngelegenheit für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten erworben. Die Sozialdemokratie stellte daher den Antrag, ihrem Fraktionsmitglied Beer das neu zu schaffende Amt zu übertragen. Dieser Antrag wurde jedoch mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und der Kommunisten abgelehnt und die öffentliche Ausschreibung der Stelle eines städtischen Baudirektors beschlossen.

Der von den bürgerlichen Parteien gegen den sozialdemokratischen Anspruch geltend gemachte Einwand, dass die leitenden städtischen Beamtenstellen nicht "politisiert" werden sollen, ist eine leere Ausrede. Tatsache ist, dass der leitende Beamte der städtischen Finanzverwaltung zugleich der Landesvorsitzende der Deutschnationalen Partei Württembergs ist und für das Hugenbergsche Volksbegehren agitatorisch eingetreten ist. Andere leitende städtische Beamte sind prominente Mitglieder der liberalen Mittelparteien. Die Sozialdemokratie ist daher berechtigt, die Ablehnung ihres Anspruches als eine Brüskierung und als eine Beeinträchtigung ihrer Gleichberechtigung mit den anderen Parteien zu betrachten, die nicht ohne politische Folgen bleiben wird.

SPD. Riga, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Von der Eintreibungsaktion der Sowjetregierung werden nicht einmal die Trauringe der Bevölkerung verschont. Auch die Sowjetangestellten werden gezwungen, ihre letzte Habe herzugeben.

SPD. Warschau, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Dem demokratischen Flügel des Regierungsblocks, der "Arbeitsvereinigung für Stadt und Land" haben 21 Abgeordnete den Rücken gekehrt. Sie haben sich als "Arbeitspartei" zusammengeschlossen, die bereits vor zwei Jahren einmal bestand und damals unter Führung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Bartel in dem Regierungsblock aufgegangen war. Die neugebildete "Arbeitspartei" gehört dem Regierungsblock weiterhin an. Die Spaltung bleibt jedoch charakteristisch für die Stimmung im Lager des Regierungsblocks.

SPD. Koblenz, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Im Koblenzer Bestechungsprozess erklärte der Hauptangeklagte Kaufmann Anton Dunkel am Freitag, er habe nicht gewusst, dass Reichsbahnbeamte auf fingierte Rechnungen Geld bekommen hätten. Er habe auch von einer Verteilung von Geld an Reichsbahnbeamte nichts gewusst, er habe ihnen auch keine Geschenke gemacht. Wenn einer von den Beamten ins Geschäft gekommen sei um etwas zu kaufen, sei ihm der Preis angegeben worden.

Vor dem Untersuchungsrichter hat Dunkel das Gegenteil ausgesagt. Dort hatte er u.a. erklärt, dass er dem Angeklagten Reichsbahnoberrat Frey ein Darlehen von 700 Mark ohne Schuldschein gegeben habe. Ausserdem habe Frey zweimal 50 Mark, Wein, einen Radioapparat und einen Staubsauger erhalten. Eine Rechnung sei darüber nicht ausgestellt worden. Einen Sportanzug habe er aus Gutmütigkeit für Frey anfertigen lassen. Auch der Reichsbahnbeamte Schneider habe mehrere Gegenstände ohne Rechnung erhalten. Zahlungen habe er jedoch nicht geleistet.

SPD. Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die Kreditgewährung der Preussenkasse an die Landbund-Genossenschaften wurde am Freitag festgestellt, dass der Preussenkasse unter ihrer deutschnationalen Direktion u.a. auch Verluste durch Kredite an den Stahlhelm und andere parteipolitische Organisationen entstanden sind.

Als der deutschnationale Abgeordnete Stubbendorf die Geldzuwendungen an den Stahlhelm zu bestreiten versuchte, verlas der Zeuge Direktor Siedersleben von der Preussenkasse aus den Büchern der Landbund-Genossenschaft in Rostock Auszüge, aus denen sich ergibt, dass der Stahlhelm von dieser Genossenschaft einmal einen Kredit über 30 000 Mark und ferner einen Kredit über 20 000 Mark erhalten hat. Diese Kredit seien verloren gegangen. Der Genossenschaft sei als Ausgleich nur ein Konto im Werte von etwa 3000 Mark geblieben. Aus dem Stahlhelm-Konto ergebe sich schliesslich, dass unter der deutschnationalen Leitung der Kasse Kredite zur Beschaffung von Waffen gegeben worden sind.

SPD. Paris, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Freitag-Nachmittagsitzung der Kammer beantragte der Kommunist Berthot ein allgemeines Amnestiegesetz. Der Justizminister Hubert stellte sofort die Vertrauensfrage. Daraufhin wurde der kommunistische Antrag mit 305 gegen 259 Stimmen abgelehnt.

SPD. Haag, 17.Januar (Eig.Drahtb.)

Mit der Uhr in der Hand wird seit Freitag mittag an der Beendigung des Werkes der Haager Schlusskonferenz gearbeitet, damit die Teilnehmer bereits am Sonnabend teils in ihre Heimat, teils zur Londoner Seeabrüstungskonferenz abreisen können.

Von besonderer Wichtigkeit ist die gründsätzliche Einigung über eine Abänderung des Reichsbankstatuts, die wenigstens zum Teil den Forderungen der Sozialdemokratie entspricht und die den weg für später etwa notwendig werdende Massnahmen öffnet. Es wird danach bestimmt, dass es Deutschland, d.h. der Regierung und dem Reichstag offen steht, Abänderungen des Reichsbankgesetzes, auch hinsichtlich der international gebundenen Bestimmungen, anzunehmen. Solche Abänderungen treten automatisch in Kraft, wenn nicht der Sonderausschuss der Bank für Internationale Zahlungen dagegen Einspruch erhebt. Erfolgt ein solcher Einspruch, dann entscheidet das im Youngplan vorgesehene internationale Schiedsgericht.

Man braucht gewiss nicht die praktische Tragweite dieser neuen Bestimmung zu überschätzen, denn es wird darauf ankommen, dass man von ihr Gebrauch macht und das wird eine innerpolitische Machtfrage sein. Wichtig ist jedoch, dass nunmehr der bisher völlig versperrte Weg von einem seiner grössten Hindernisse befreit worden ist und dass im Ernstfalle das deutsche Volk die Möglichkeit haben wird, seinen politischen Willen gegen eine etwaige Nebenregierung des Finanzkapitals durchzusetzen.

Es sei besonders unterstrichen, dass eine der massgebendsten Persönlichkeiten der deutschen Delegation diese Errungenschaft heute dahin gekennzeichnet hat, dass Deutschland durch diese neue Bestimmung wenigstens einen Teil seiner Souveränitätsrechte inbezug auf die Reichsbank wieder erlangt hat. Wir werden an dieser richtigen Charakterisierung gegenüber allen Verdrehungs- und Ablenkungsversuchen festhalten.

Die Verhandlungen über die Kommerzialisierung der deutschen Schuld sind während des ganzen Nachmittags fortgesetzt worden. Es ist wohl kein Zufall, dass seit Freitag der schwedische Finanzmann Ivar Kreuger im Haag weilt, der mittags mit Tardieu frühstückte und dessen Kapitalmacht bei den Mobilisierungsmöglichkeiten neben den amerikanischen Grossbanken eine wichtige Rolle spielen dürfte.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Preussischen Landtages erklärte der Preussische Minister des Innern am Freitag, dass der Landtag die Aufhebung des Stahlhelmverbotes für Westdeutschland abgelehnt habe und dieser Beschluss für die Regierung nach wie vor bindend sei. Es sei ferner selbstverständlich, dass Angehörige verbotener Organisationen nicht in Uniform oder mit Abzeichen geschlossen oder auch einzeln auftreten dürften. Die Polizei habe entsprechende Anweisung.

Aus aller Welt

Aufklärung eines politischen Verbrechens.

Die Frucht der Kommunistenhetze.

SPD. Das auf den Berliner Studenten Horst Wessel in der Grossen Frankfurterstrasse verübte Revolverattentat ist nunmehr von der Polizei in allen seinen Einzelheiten und Motiven aufgeklärt worden. Es handelt sich um einen politischen Mordversuch, als dessen Haupttäter der zur Zeit flüchtige arbeitslose Tischler Albert Höhler aus Berlin gesucht wird. Höhler ist bereits wegen schwerer Eigentumsdelikte, Zuhälterei und Meineid mit Zuchthaus vorbestraft. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden nach den Polizeiberichten eine Fahne der kommunistischen Sturmabteilung Mitte, Schärpen, Armbinden und eine Uniform des Rotfrontkämpferbundes beschlagnahmt.

Wessel zog sich den besonderen Hass Höhlers zu, weil er eine gewisse führende Rolle in der nationalsozialistischen Bewegung gespielt hat. Mehrfach hat sich Wessels politische Aktivität insbesondere gegen die Kommunisten gerichtet, die ihn ingrimmig verfolgten. Nachdem sie seine Wohnung in der Grossen Frankfurterstrasse festgestellt hatten, beeilten sie sich, an seine Haustür ein Hakenkreuz mit der Unterschrift "Hier wohnt Wessel" zu malen. Zwei Mitglieder des Rotfrontkämpferbundes wurden von Wessel bei dieser Tätigkeit überrascht.

Die Tat selbst hat sich so abgespielt, dass Höhler und seine beiden Komplizen ein junges Mädchen in die Wohnung Wessels hinaufschickten, um durch sie feststellen zu lassen, ob er zu Hause sei. Nachdem das junge Mädchen ein entsprechendes Signal gegeben hatte, stiegen sie nach oben, drangen in die Wohnung ein und gaben den fast tödlich wirkenden Schuss ab. Frau Salm, die Wirtin, und die Braut des Studenten erkannten den Schützen als den in der Mulackstrasse als berüchtigt bekannten Ali. Polizisten nahmen eine Prostituierte fest, die allgemein als Alis Braut gilt. Ali selbst war schon geflohen. Die Polizei hat indessen umfangreiche Massnahmen getroffen, um seine Verhaftung zu ermöglichen. Wie verlautet soll er jedoch von den Kommunisten bereits nach Russland abgeschoben worden sein. Für seine Ermittlung und Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

In den beiden letzten Tagen hat sich das Befinden des Wessel gebessert. Wenn keine Komplikationen eintreten, wird es nach Ansicht der Aerzte möglich sein, ihn am Leben zu erhalten.

\+ + +

Hekims Ende. In der Türkei ist es bisher nur in Ausnahmefällen geschehen, dass sich einzelne Aerzte auf bestimmte Krankheitsgebiete spezialisiert haben. Die grosse Mehrzahl der Aerzte betätigt sich auf jedem medizinischen Gebiet: derselbe Arzt nahm chirurgische Eingriffe vor und zog Zähne, behandelte Lungenentzündung und Hautkrankheiten. Dieser "Arzt für Alles" war der berühmte Hekim, in dem die unwissenden anatolischen Bauern gemeinhin mehr einen Medizinmann als einen Arzt im europäischen Sinne zu sehen gewohnt waren. Aber mit dem Hekim nimmt es jetzt ein plötzliches Ende. Das Gesundheitsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach jeder türkische Arzt unverzüglich dem Ministerium dasjenige Krankheitsgebiet zu bezeichnen hat, auf dem er Spezialist ist. In Zukunft soll er nur noch auf seinem Spezialgebiet tätig sein und in andere medizinische Gebiete fallende Krankheiten bei Strafandrohung nicht mehr behandeln dürfen.

\+ + +

Geretteter Polarflieger. Nach einer Meldung der Funkstation Tinkigney sollen die beiden verschollenen amerikanischen Polarflieger Eielson und Borland in der Gegend des Anguemaflusses, etwa 300 Kilometer vom Nordkap entfernt, gelandet sein.

+ + +

100 ooo Mark gestohlen! Im Paketzollamt der neuen türkischen Hauptstadt Angora hat der Kassierer Osman Kemal aus der ihm anvertrauten Kasse Beträge von insgesamt 100 ooo Mark gestohlen und diese Diebstähle durch systematische Fälschungen der Quittungsbücher jahrelang geschickt zu verdecken verstanden. Durch einen Zufall ist der Betrug jetzt aufgedeckt worden. Osman Kemal wurde verhaftet.

+ + +

Sträflicher Leichtsinn. In einem Stockholmer Krankenhaus nahm eine Patientin anstelle von Natron Zyankali zu sich und starb. Gegen die Krankenschwester, auf deren Leichtsinn das Versehen, dem beinah noch eine zweite Patientin zum Opfer gefallen wäre, zurückzuführen ist, ist ein Verfahren eingeleitet worden.

+ + +

Liebesstunde nach dem Vatermord. In der Nähe von Mondsee (Oesterreich) zerfletschte der 29jährige Michael Schafleitner mit einem Kavalleriesäbel den Hausbesitzer Mathias Girbel. Der alte Girbel war dagegen, dass seine Tochter den Schafleitner heirate, weil, er sich in den Kopf gesetzt hatte, dass er einen reichen Bauern zum Schwiegersohn haben müsse. Therese hielt jedoch zu Schafleitner und überredete ihn zu der furchtbaren Tat. Erst schoss Schafleitner den Alten in den Unterleib. Dann stürzte sich der Täter mit dem Säbel auf ihn und zerstückelte ihn mit ungefähr 50 Hieben. Die Leiche war noch nicht kalt, als Schafleitner mit der Tochter des Ermordeten eine Liebesstunde verbrachte. Beide wurden verhaftet. Schafleitner gestand sofort alles und zeigte grosse Reue, während die blutrünstige Braut ihre Mitwisserschaft anfänglich hartnäkkig leugnete.

+ + +

Das Witterungstohuwabohu. Der frühlingshaften Witterung über West- und Mitteleuropa ist plötzlich ein Temparaturrückgang gefolgt, der noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. in Verbindung mit allgemeinen starkem Druckanstieg bildet sich z.Zt. über dem Herzen des Kontinents ein kräftiges Maximum das uns einer Periode teils nebligem teils heiterem, aber im ganzen niederschlagslosem Wetter entgegengehen lässt. Wie lange das kalte Wetter andauern wird, lässt sich zur Zeit noch nicht sagen. Auf dem Atlantik ist jedenfalls in niedrigen Breiten ein neuer Sturmwirbel erschienen, der zum Abbau der Kälte beitragen kann. Aus Osteuropa ist hingegen Kälte zu erwarten, die auf alle Fälle schärfere Nachtfröste verursachen wird. Die west- und mitteldeutschen Tagestemperaturen werden den Gefrierpunkt erreichen, vielleicht auch etwas überschreiten.

Empfindliche Fröste werden aus deutschen Mittelgebirgen gemeldet: drei Grad vom Brocken, 7 Grad von der Schneekoppe. Im ganzen lautet die Wetterprognose: über all beständig ohne Niederschläge im Westen heiter, im Osten vielfach Nebel. Verbreitete Nachtfröste.

+ + +

Die Geliebte erdrosselt. Im Hause Prinzenalle 81 in Berlin hat in der Nacht zum Freitag der 28 Jahre alte Arbeiter Felix Michalski seine Vermieterin Frau Beckmann, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, erwürgt und sich dann die Pulsadern geöffnet und am Fensterkreuz erhängt. Michalski hatte befürchtet, dass seine Braut, die ihm mit andern Männern hintergangen hatte, ihn endgültig verlassen würde. Als es am Donnerstag abend wieder zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden gekommen war, entschloss sich der eifersüchtige Liebhaber zu der grausigen Tat.

+ + +

Frühlingswetter in Anatolien. Zur Zeit hat Konstantinopel das schönste Frühlingswetter zu verzeichnen. Die Sonne scheint so warm, dass alle Welt ohne Mantel ausgeht, und die ländliche Umgebung der Stadt von frischem Gras und Blumen bedeckt ist. Am Schwarzen Meer grünen die Haselnussbäume, und in Smyrna schlagen die Pflaumenbäume aus. Während der vergangene Winter der kälteste und schneereichste war, den die Türkei seit Jahrzehnten erlebt hatte, scheint der diesjährige nach einigen im Dezember in Thrazien eingetretenen heftigen Schneestürmen vorbei zu sein, ohne dass Konstantinopel Schnee gesehen hat.

+ + +

Versicherungsbetrug. Der Schiffsmakler Eff in Kolding wurde in Haft genommen, weil er im Verdacht stand, das grösste Segelschiff Jütlands "Ella Eff", vor Holländisch-Guayana dadurch zum Sinken gebracht zu haben, dass er in den Rumpf des Schiffes eine Anzahl Löcher bohren liess. Eff, der Besitzer des Schiffes ist, wird beschuldigt, den Kapitän veranlasst zu haben, das Schiff zu versenken, um die Versicherungssumme zu erhalten.

+ + +

Der Tonfilm im Schaufenster. Eine New Yorker Herrenkonfektionsfirma zeigt in ihrem Schaufenster einen Tonfilm, der das Entstehen eines Anzuges von der Schafschur bis zum fertigen Stück deutlich macht. Im Fenster selbst läuft der Film, während ein Lautsprecher den entsprechenden Begleittext vom Filmstreifen auf die Strasse überträgt. Der Film soll auf die Vorübergehenden von grosser Anziehungskraft sein.

+ + +

Senator Schurmann. Der frühere amerikanische Botschafter Schurmann ist in Anerkennung seiner die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika vertiefenden Tätigkeit vom Senat der deutschen Akademie in München zum Senator ernannt worden.

+ + +

Lagerarbeiter Baron Voss. Das Interesse vieler Leser deutsche Zeitschriften wurde durch ein wiederholt erscheinendes Inserat geweckt, in dem ein Baron Voss, der jetzt als ein 28jähriger Lagerarbeiter Friedrich v.Dorn verhaftet werden konnte, für seine 19jährige Tochter eine gebildete Gesellschafterin suchte. Wer sich bewarb- aus Berlin waren es nicht weniger als 70 Bewerberinnen - bekam stets eine Anstellung auf das in Rorschach am Bodensee liegende Gut des Baron Voss. Tatsächlich war alles Schwindel. Friedrich von Dorn aus Spandau hatte es nur auf die 15 Mark abgesehen, die die angestellten Gesellschafterinnen vorher für eine in der Schweiz notwendige Arbeitsbescheinigung einschicken sollten.

+ + +

Eine tüchtige Einbrecherkönigin. Am Freitag wurden im Norden Berlins zwei Einbrecher verhaftet, an deren Beute (Luxuswäsche) die Zugehörigkeit zu einer Einbrecherbande erkannt wurde, die seit Monaten das Berliner Konfektionsviertel heimsucht. Die Spuren der Bande beobachtete man u.a. in Spandau, Potsdam und verschiedenen Vororten Berlins. Der Weg zum Ziel führte im allgemeinen über die Dächer der Nachbargebäude. Bei der Suche nach den Verbrechern entdeckte die Kriminalpolizei auch Spuren eines ausgesprochenen Frauenfusses. Die verhafteten Einbrecher gaben zu, unter Führung einer Frau gearbeitet zu haben, verweigerten aber jede Auskunft über sie. Nicht zum ersten Male versucht die Polizei der Begegnung mit der geheimnisvollen Dame realere Form zu geben. Sie scheint bereits bei einer Einbruchsserie vor einigen Monaten in Potsdam höchst aktiv mitgewirkt zu haben.

Roggen niedriger - auf grösseres Angebot.

(Getreidebörse vom 17.Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag eine ausgesprochen flaue Tendenz für Roggen zu verzeichnen. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen grössere Verkaufsaufträge aus der Provinz vor, sodass die Kurse um 4 - 5 Mark zurückgingen. Am Lokomarkt war das Angebot vom Inlande nur klein. Da jedoch die Mühlen keinerlei Kauflust zeigten und sich namentlich die Berliner Mühlen sehr zurückhielten, mussten auch hier die Preise um 3 - 4 Mark weichen. Der Weizen war sowohl am Markte der Zeitgeschäfte, wo die Preisrückgänge sich auf 1 - 2 Mark beschränkten, als auch im Handel mit effektiver Ware fester veranlagt. Das knappe Angebot von prompter Ware wurde von den Mühlen um etwa 2 Mark niedrigeren Preisen gern aufgenommen. Der Mehlmarkt blieb weiter sehr schwach und lustlos, obwohl die Mühlen ihre Forderungen um 25 - 50 Pfennig herabgesetzt hatten. Hafer hatte gleichfalls recht matte Tendenz. Die Kauflust des Konsums fehlte auch für feinere Sorten, die bisher immer noch gut behauptet waren.

	16.Januar	17.Januar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 248	243 - 246
Roggen	156 - 157	153 - 154
Braugerste	180 - 195	178 - 192
Futter- und Industriegerste	162 - 170	160 - 168
Hafer	135 - 143	133 - 141
loco Mais Berlin	172	- - -
Weizenmehl	29,75-35,25	29,50-35,oo
Roggenmehl	21,75-25,25	21,50-24,75
Weizenkleie	10,25-10,75	10,25-10,75
Roggenkleie	8,75- 9,25	8,75- 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263 1/4 - 263 Brief (Vortag 265½), Mai 275½-275 (277). Roggen März 173 (176½), Mai 183½-183 1/4 (188½), Hafer März 148 (150½), Mai 157½ (158½).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Auf dem Schweinemarkt konnten die letzten Preise behauptet werden, da die Zufuhren sich in Grenzen hielten. Immerhin genügten sie aber der Nachfrage. Der Markt wurde nach glattem Geschäft geräumt. Auf dem Rindermarkt gab es flotteres Geschäft für ausgesuchte Tiere. Im übrigen genügte das Angebot der Nachfrage. Der Kälbermarkt war reichlich beschickt. Für prima Kälber wurden höhere Preise gezahlt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 42-46 (voriger Markt 43-47), b)30-39 (31-40), c) 25-28 (25-28) d)20-24 (20-24). Kälber: a) -,b) 82-94 (92-100), c) 60-80 (65-90) d)48-58 (50-62). Schweine: a) (über 300 Pfund) 83 (84), b) (240-300 Pfd) 83-85 (83-85),d)(160-200 Pfd.) 82-83 (81-83) e) (120-160 Pfd.) 78-80 (78-80) f) (unter 120 Pfd.) - g)(Sauen) 74-75 (74-75.)

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 17. Januar 1930.

Der Streik.[x]

SPD. Das grollte und wogte in den Massen, ballte sie zu einem Klumpen. Die Gesichter, Hunderte dieser blassen, abgehärmten Gesichter, die bewegungslos nebeneinander lagen, als seien sie zusammengeklebt, waren alle auf den Redner gerichtet. Und wenn ein hartes Wort kam, ein Wort, das diese Massen fühlten das ihnen gleichsam entströmt und dem Führer in den Mund geflogen war, dann löste sich die Spannung von den Gesichtern; die Falten zwischen den Augenbrauen verschwanden; die Blicke wurden heller. Viele bewegten den Oberkörper, als seien sie von einer Last befreit, da dieses Wort gefallen war, dieses kleine, aber mächtige Wort: Streik. Dieses Wort heisst Kampf; das wussten sie. Kämpfen wollten sie. Denen da oben im Direktionsgebäude zeigen, dass sie eine Macht waren, dass sie nicht Schindluder mit sich treiben liessen. Wovon lebte denn dieses Direktionspack; wovon schlug es sich den Bauch voll? Das rümpfte die Nase; die fetten Weiber gingen in Seidenroben, und wenn sie sprachen, spitzten sie immer den Mund, als wollten sie verhindern, dass ihnen zu viel Bazillen in den Rachen kamen. Ja, das hatten sie noch nicht geschafft, dass sie ihre Extraluft bekamen. Aber eigentlich doch: In den Villen herrschte nicht solche verpestete Luft wie im Arbeiterviertel, wo sechs, sieben und mehr Menschen in einer feuchten Stube hausen mussten. Und im Sommer fuhren die Aktionäre an die See oder ins Gebirge. Das alles und vieles andere fiel den Arbeitern mit einem Male wieder ein. Sie hatten es beinahe vergessen über ihrer stumpfsinnigen, den Körper zermürbenden Arbeit.

Der Redner sprach immer noch. Es war ein einfacher Arbeiter aus dem Betrieb, einer, der seine Fronzeit herunterriss und dann gleich weiterschuftete für die Arbeiterbewegung. Und als er geendet und alle Forderungen noch einmal scharf formuliert hatte, brachten sie alle ein Hoch aus und sangen die "Internationale". Mit trotziger, herausfordernder Gebärde schleuderten sie ihr Lied gegen das Direktionsgebäude. Dann zogen sie ab, strömten durch den langen Torweg auf die Strasse. Hell umflutete sie die Sonne, dass die Ersten einen Augenblick wie geblendet stehen blieben. Die Sonne! Wann bekamen sie die einmal richtig zu sehen? Höchstens Feiertags, und auch nur im Sommer. Im Winter, wenn der Wind scharf um die Ecken fegt und Schnee vor sich hertreibt, kann man nicht in einem durchlöcherten Kittel spazieren gehen. Die feinen Leute natürlich lassen sich in warme Pelze hüllen und spazieren fahren.

Die Streikenden erfüllten die Strasse mit ihrem Geschrei. An den grossen Fenstern eines Fabrikgebäudes zeigten sich blasse Gesichter von Mädchen. Die Männer unten winkten übermütig hinauf: Kommt doch runter! Schliesst euch an! Tut euch auch not, das bisschen Sonne! Die Mädchen lachten und waren mit einem Male wieder von den Fenstern verschwunden. Da hatte wahrscheinlich irgend solch Stück Chef den Raum betreten und mörderlichen Krach geschlagen. Wofür bezahlte er seine Angestellten! Doch nicht etwa dafür, dass sie sich an die Fenster stellten und Maulaffen feil hielten? In meinem Betrieb herrscht Ordnung! Man kennt dieses Kruppzeug, das die Arbeitskraft der andern ausnutzt und obendrein noch frech wird.

Der Strom der Streikenden verläuft sich. Die einen gehen hier ab, die andern dort. Mancher geht allein, fühlt sich mit einem Male so verlassen und denkt darüber nach, woher das wohl kommt. Und findet dann bald die Lösung:

dass sie nur in der Masse stark sind. Nur in der Masse unwiderstehlich stark gegenüber diesem System der Ausbeutung und Entrechtung. Der Einzelne wird bald zerrieben,aufgesaugt. Und mancher Streikender hat zu Hause eine Frau,die nicht weiss,was das heisst: Klassenbewusstsein; was es heisst: entbehren kön= nen. Diese Frau steht dann herum und jammert: Besser etwas als garnichts! Oder du denkst an die Kinder nicht! Deine Familie ist dir ja vollkommen gleichgül= tig! Und was das so für Reden sind. Gewiss haben's die Frauen schwer. Die Kin= der schreien,wenn sie Hunger haben. Aber sagt ihnen wenigstens,warum sie hun= gern müssen! Erzieht sie zum Kampfe gegen die Klasse,die ausbeutet,die mordet, gegen die Klasse,die innerlich so verfault und verdreckt ist,dass sie jden an= steckt, der mit ihr in Berührung kommt! Aber es gibt auch andere Frauen: Kampf gefährtinnen, die den Mann vorwärts treiben. Manchmal sind es gerade diese Fra en,die einer Bewegung erst Stosskraft geben.

Fünf Tage dauert nun schon der Streik. Ein Nachbarbetrieb hat sich ange= schlossen. Die Streikenden helfen sich gegenseitig aus, bekommen auch hier und da etwas von arbeitenden Kollegen, aber sie wissen: Das ist nicht das Rechte. Das Geld machts nicht; es müsste etwas anderes,Wertvolleres sein.Inzwischen wird da oben verhandelt. Die Herren von der Direktion räkeln sich in ihren Klubsesseln und rauchen dicke Zigarren. Sie wissen schon,dass die Kampffront zerbröckelt. In jeder Bewegung gibt es Angsthasen und Verräter. Die Führer der Gelben beginnen zu schachern. Die Direktion müsse doch "Verständnis" auf= bringen für die Notlage der Arbeiter. Sie verachtet diese Burschen,die ihren Kollegen in den Rücken fallen,diese Burschen,die sich bei jeder Gelegenheit anzubiedern versuchen.

Mit einem Male ist der Streik aus. Eines Morgen rücken die Proleten alle wieder an. Sie kommen einzeln,in ganz kleinen Trupps. Sie sprechen fast nicht und haben die Augen niedergeschlagen. Wie ein endloser Zug Gefangener.Aber als sich da einer brüstet und sagt,er habe das vorhergesehen,die ganze Strei= kerei sei "Blödsinn" gewesen,und nichts hätten sie erreicht,absolut nichts,da fahren einige doch auf und schütteln den Jammerlappen.

Eine Sirene heult. Der erste Hammer knallt nieder. Wortlos verrichten sie ihre Arbeit. Plötzlich beginnt einer,der an der Hobelbank steht,zu pfei= fen, und die Späne fliegen. Sie reichen ihm schon bis an die Knöchel. Nur Mut! ruft er den anderen zu. Nun, nun denken die. Ein Streik ist wie ein Gefecht. Wir werden noch viele Gefechte verlieren. Aber wir werden den Klassen-Krieg gewinnen.- Und ihre Gesichter werden wieder hell.

Hardy Worm.

Zehn Jahre ohne Schnaps und Bier.

Der Alkoholkrieg in den USA.

SPD. In diesen Tagen sind zehn Jahre verflossen,seitdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika "trocken gelegt" wurden. Für uns,die wir fern vom Schuss der Prohibitionspolizei in den gesegneten Bier= und Weinschwemmen der "nassen" Deutschen Republik ungeschoren den "Teufel Akohol" frönen können,ist der Geburtstag der sogenannten Prohibition eine interessante Feuilleton=Unter= haltung. Für die freien Bürger des angeblich freisten Staates der Welt jen= seits des grossen Teiches aber ist er die Bilanz eines blutigen und kostspie= ligen Krieges.

Das andere Gesicht der Prohibition.

Mit dem Inkraftreten des Alkoholverbotes bekam das öffentliche Leben der nordamerikanischen Staaten mit einem Schlage ein anderes Gesicht. Die legale Brauindustrie verschwand vom Boden und wich unterirdischen Brennereien. Das Gewerbe der "bottleggers" (Alkoholschmuggler) wurde geboren. Ueber eine halbe

Milliarde Dollar wurde in der neuen Industrie investiert. Eine grosse moderne Tankflotte wurde geschaffen. Auf flinken Motorbooten, mit Maschinengewehren gespickt, - es soll sogar Unterseeboote für den Alkholschmuggel geben - jagen verwegene Männer bei Sturm und Wetter, bei Nacht und Nebel in die geheimen Häfen, um sich ihres kostbaren Nasses zu entledigen. Schwere, schnelle Autos bringen die verbotene Fracht durch die kanadischen Urwälder an die amerikanische Grenze, wo - wie zu Zeiten der Goldsucherperiode - die Zöllner überfallen werden, wenn sie sich Transporten in den Weg stellen. Während an der atlantischen Küste die gepanzerten Wachboote der Regierung die Schmuggelschiffe mit Artilleriefeuer zum Beidrehen zwingen, jagen tankähnliche Automobile der Prohibitionspolizei auf dem Lande hinter den an der Grenze übernommenen Alkoholtransporten her.

Die Toten des Sprit=Krieges.

Eintausendneunhundertsechtzig Personen sind von 1919 bis 1928 von der Prohibitionspolizei in Kämpfen getötet worden. Zwanzigtausendvierhundertfünfzig Todesfälle werden im gleichen Zeitraum auf Alkoholvergiftung zurückgeführt. Das ist die blutige Bilanz der letzten zehn Jahre. Die Einpeitscher der Trokkenlegebewegung, die am 16. Januar 1919 siegestrunken verkündeten, dass nach Jahresfrist das Alkoholproblem gelöst sei, stehen heute an der Bahre vieler Bataillone friedlicher Bürger, die von den Maschinengewehren der Polizei zusammengeschossen wurden. Es kam anders, als sie dachten. Kein Frieden, sondern ein Krieg, dessen Ende auch heute noch nicht abzusehen ist.

Die Moral von der Geschicht' - -

Zu diesen unerhörten Menschenopfern gesellen sich die moralischen Schäden, die als Begleiterscheinung des Alkoholverbots auftraten. Das öffentliche Leben Amerikas ist heute eins der korrumpiertesten. Kenner der Verhältnisse stellen bereits Vergleiche mit den Zuständen auf dem Balkan an. Die grossen und die kleinen Sünder, jene neue Kategorie von Kriminellen, die aus ihren eigenen Schwächen und denen der Anderen ein gutes Geschäft machen, zählen nach Millionen amerikanischer Staatsbürger. Was sich geändert hat, ist ausschliesslich das äussere Bild - der Eingang zu den Kneipen. Früher konnte man ungehindert zu ebener Erde seine "Halbe" trinken. Heute steigt man in den 2.Stock, um in geheimer Schankstätte den Reiz des Verbotenen aus der Hüftflasche doppelt zu geniessen. Die Zahl der "speak easys" (Flüsterkneipen) wird allein in New York von der Polizei auf dreissigtausend geschätzt.

Die Proleten bezahlen den Spass.

Ob in Baltimore oder Chikago, der Whisky ist überall gleich leicht zu erstehen, natürlich für die entsprechende Anzahl Dollar. Das läuft im Kern darauf hinaus, dass das Proletariat ohne Alkohol auskommen muss. Ein Ausnahmegesetz also! Da aber auch das Proletariat zu seinem Rechte kommen will, verkaufen tüchtige Geschäftemacher in den Arbeitervierteln für zehn Cent gesundheitsschädlichen denaturierten Alkohol. Die Leute fallen tot auf den Strassen um, aber die bootleggers verdienen, und die armen Teufel haben wieder einmal einen Schluck Sprit im Bauch, wenn es auch der letzte war. - - -

Die "Nassen" wehren sich.

Das alte Jahr hat in dem Kampf um die Trockenlegung eine entscheidende Wendung gebracht. Das Schmuggelschiff "Black Duck" wurde in der Sylvesternacht von einem patrouillierenden Polizeiboote durch Maschinengewehrfeuer manövrierunfähig gemacht und drei Mann der Besatzung erschossen. Als die siegreiche Polizei mit den Toten an Bord landete, stellte sich heraus, dass die Beamten sich i sinnlos betrunkenem Zustand befanden. Dieser und ähnliche Fälle haben die "Nassen" auf den Plan gerufen. Die "Association against the Prohibition", an deren Spitze General Clare E. Edwards getreten ist, will mit allen Mitteln die Aufhebung des Verbots erreichen.

Und die "Trocknen" rüsten weiter!

Gegen "die heilige Sache der persönlichen Freiheit" aber wenden sich in bisher nicht gekannter Schärfe die Alkoholgegner. Die Nationalausschuss für

die Einhaltung der Gesetze empfiehlt, unverzüglich die Vorschriften der Prohibition zu verschärfen. Vorgesehen ist bereits die Vermehrung des Justizpersonals, da die Gerichte mit den abzuurteilenden Fällen nicht mehr fertig werden, ferner der Bau einer Flottille von dreissig schnellen Motorbooten für den Küstenschutz und die Aufstellung einer 10.000 Mann starken Wachtruppe längs der kanadischen Grenze. Schliesslich soll der für industrielle Zwecke bestimmte Alkohol mit tödlichen Giften durchsetzt werden, sodass der Alkohol nicht wieder trinkbar gemacht werden kann. Die Methode ist alt, musste jedoch von der Regierung unter dem Drucke der öffentlichen Meinung schon vor Jahren aufgegeben werden, da trotz der Warnungen sich die Todesfälle häuften. Dennoch hat der Prohibitionskommissar Doran neuerdings ein scharfes Gift zur Anwendung gebracht, dem bereits vier New Yorker zum Opfer gefallen sind.

Der Kampf ohne Ende!

Die Nassen und die Trockenen kämpfen erbitterter denn je. Die "bootlegger" denken nicht daran, ihr einträgliches Geschäft aufzugeben. Und die Regierung war noch nie entschlossener als seit der Präsidentenschaft Hoovers, mit allen Mitteln den bestehenden Gesetzen Geltung zu verschaffen. Der Krieg geht weiter. Wann wird der Frieden sein?

Norbert Bachrach.

Der tote Vogel.[x]

SPD. So war er, als ich das Fenster öffnete und ihn fand: von einer ergreifenden Steifheit und doch weich und milch. Sein spitzer Schnabel hatte sich hart und unwiderstehlich geschlossen. Zerknittert und wie von einem gewaltigen und unentrinnbaren Windstoss getrieben, hatte er sich in die harte, aber schneefreie Ecke des Sandsteinsimses gepresst.

Ich erschrak ein wenig, als ich die kleine, schillernde Vogelleiche sah. Ich kam aus einem warmen Morgenschlaf und wollte über das wunderbar und kühl verschneite Land schauen, aber der plötzliche Kontrast von Schönheit und Grausamkeit hatte meine Seele betrübt und mein Auge gesenkt.

Ich musste mir den einsamen, mörderischen Tod dieser zierlichen Kreatur vorstellen, an der Frühling und Sommer mit einer traumhaften Melodie hingen. Ich sah ihn plötzlich über das Feld voll Schnee und Schweigen fliegen; seine Flügelchen hielten, ihn kaum noch im eisigen und dünnen Raum der Luft.

Zur Abenddämmerung war es wohl, jener furchtbar leuchtenden Abenddämmerung die Verbote einer zerschneidenden, beissenden Frostnacht ist.

Er kam auf seinem letzten Flug über die seltsamen und starren Weidenbüsche am Bach, der wie eine grünliche und harte Kristallmasse bis auf den Grund gefroren war. Vielleicht hielt der kleine, zierliche Vogel noch eine schwankende und todesnahe Rast auf der schneelosen Gabel des Holunderbusches. Er sah mit seinem dunkel und schwermütig glitzernden runden Vogelauge das Licht des nahen Hauses, das ihm gute Wärme und Nahrung versprach. Und ich stelle mir vor: während die Mutter in der Küche mit den Töpfen hantierte und es in den Pfannen britzelte, schlug sein ermatteter und ausgezehrter kleiner Körper kaum und leise an das täuschende und helle Fenster, dessen Schein ihm vielleicht wie eine aufgehende, belebende Frühlingssonne war. Vielleicht hob er noch einmal sein zartes und anmutiges Vogelköpfchen in einer verschwebenden Lebenssehnsucht, da ihm der Frosthauch schon erstarrend an das kleine Herz griff. Dunkel kam ihm vielleicht noch die Erinnerung an die paradiesischen Gärten sommerlicher Zeit, da er über die seidenen Wälder flog, mit dem Gefährten im schützenden Schatten der Gesträuche nistete und in die blaue Morgendämmerung das süsse Flötenlied seines frohen Vogellebens sang.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

10)

SPD. Schliesslich blieb noch Hale übrig.

"So sehr ich es auch bedaure,Herr Sergeant",sagte er, "der ergebenst Unterzeichnete kann sich in diesem Falle Moses nur anschliessen.Wir sind erledigt!"

"Ich will euch sagen",antwortete der Sergeant, "was ich weiss."

Siebentes Kapitel.

Nach einem langen Schweigen sprach er weiter.

"Ich weiss",fuhr er dann fort,"gar nichts. Es hat keinen Sinn, nicht offen gegen euch zu sein. Ich weiss weder,wo wir sind, noch wohin wir marschieren sollten, noch wo die Brigade ist, noch welchen Weg sie eingeschlagen hat. Kompass und Karte helfen unter diesen Umständen gar nichts."

"Wir sind...", fing Brown an.

"Was ich sagte", schloss Abelson. Er lachte ein wenig verwirrt,und seine roten Lippen schoben sich von seinen glänzend weissen Zähnen zurück. "Und - und - !"

"Wir sind es",entgegnete der Sergeant, "wenn wir es glauben. Die Pferde sind uns von den Arabern gestohlen worden - niemand anders hätte das fertigbringen können, ohne uns zu wecken. Wir haben also Angehörige irgendeines uns feindlichen Stammes gegenüber, und nicht etwa Soldaten,der türkischen Armee. Augenblicklich sind es noch nicht viele....."

"Wieso nicht?" frage Abelson.

Brown sah ihn an. "Weil sie uns,du blutbefleckter Pilatus,wenn es mehr als nur eine Handvoll gewesen wäre, angegriffen und vernichtet hätten."

Der Sergeant nickte. "Vollkommen richtig."

"Haben Sie mit Jock gesprochen?" fragte Morelli.

"Ja. Er meint auch,es könnten nur ein paar sein - höchstens drei. Ich denke, dass eine Anzahl von ihnen mit unseren Pferden zu ihrem Stamm gestossen sein wird - vielleicht kommen sie alle zurück,vielleicht auch nicht."

"Zehn gegen einen...fünfzig gegen einen - - sie kommen zurück",meinte Brown.

"Wenn nichts sie darin hindert - ja. Das könnte aber doch der Fall sein - es ist sicher ein wandernder Stamm."

"Sie werden schon kommen!" Abelson lächelte wieder. "Bestimmt werden sie kommen."

Hale wandte sich zu ihm. "Um Christi willen, lass das! Du bist wirklich ein grässlicher Unglücksprophet!"

"Also ihr wisst nun Bescheid; es ist besser so für uns alle." Der Sergeant richtete sich auf und blieb gerade stehen.

"Aber was zum Teufel",warf Abelson ein, "sollen wir tun?"

"Wir bleiben wo wir sind. Ich habe oft genug gehört,dass ihr über zuviel Sonne und zu wenig Wasser geflucht und geschimpft habt. Seid also doch zufrieden." Er umfasste die Gruppe mit seinem Blick. "Wir müssen scharf zusehen",fuhr er fort, "weite Uebersicht des Geländes brauchen wir - Beobachtungsposten gesucht - aber alles sehen,was in der Wüste vor sich geht,auch wenn es einem so vorkommt. Wenn wir sehen können,können wir auch signalisieren- und wenigstens werden wir dann auf jeden Fall Bescheid wissen."

"Zu Fuss können wir nirgends hinkommen?" Brown sah mit gerunzelter Stirn auf.

"Es sind,soweit ich es nach unserem Standort beurteilen kann,wenigstens ei

bundertundzehn Kilometer bis zum Fluss. Wir könnten das nötige Wasser nicht transportieren - und auch Bell nicht."

Brown zuckte die Achseln. "Verstanden,Herr Sergeant." Er sah an den geraden schlanken Stämmen empor. "Von da oben hätte man einen besseren Ueberblick." Er deutete auf die unbeweglichen scharf gezackten Blätter,die so merkwürdig künstlich aussahen.

"Sicher. Den ganzen Tag muss ein Posten oben und einer zur Ablösung bereit sein; drei Posten mit drei Ablösungen bei Nacht - wir wollen gleich anfangen. Morelli!"

"Herr Sergeant?"

"Die Sättel und Zäumungen haben sie uns ja gelassen - holen Sie alle verfügbaren Riemen - los!"

"Ich bin das Falkenauge,Herr Sergeant - darf ich zuerst?" Brown erhob sich und streckte sich mit ausgebreiteten Armen.

"Gewiss."

"Aber ich bin kein Albatros und habe keine Flügel." Er sah an dem rauhen kahlen Stamm entlang, dessen Zweige zwanzig Fuss über dem Boden sassen.

"Morelli bringt Ihnen schon etwas zum Fliegen",sagte der Sergeant und ergriff ein Bündel Lederriemen. "Knotet sie zusammen - wir müssen sie als Wurfleinen benutzen. Kann einer Seemannsknoten?"

"Ich" - Brown war schon mit den Riemen beschäftigt.

"Und ich" - Morelli folgte seinem Beispiel.

In wenigen Minuten war ein ledernes Seil von mehr als sechzig Fuss Länge fertig. "Vier oder fünf Steigbügel",befahl der Sergeant. Sie wurden zusammen an einem Ende des Lederseiles festgebunden.

"Werfer 'ran!" rief Brown und sprang auf die Füsse. "Lassen Sie mich das auch besorgen, Sergeantchen." Er nahm die Leine,kommandierte "Achtung", und das Stahlbündel pfiff in einer mit dem Nachlassen des Seiles immer grösser werdenden Ellipse um seinen Kopf, bis es auf der einen Seite hochstieg und auf der anderen fest den Boden streifte.

"F....iiii!" machte Hale,als die Leine mit ihrer Last sausend in die Höhe segelte. Die Eisen flogen gegen ein paar Blätter,blieben einen Augenblick hängen und rasselten dann wieder herunter. Erst nach mehreren missglückten Versuchen gelang es Brown, die Leine über einen Ast zu werfen, an dem sie hängen blieb. Dann begann er sich mit Klimmzügen am Seil hinaufzuwinden,da er den dünnen Stamm mit seinen dicken Stiefeln nicht umfassen konnte. Oben fand er eine bequeme Astgabelung,in der er Platz nahm.

"Wie zerbrechlich die Dinger scheinen", murmelte Hale,"ob sie ihn tragen werden?"

"Die sind zäh wie der Deubel", antwortete Morelli.

Der Sergeant wandte seine Augen von Brown ab, den er unablässig verfolgt hatte. "Sammeln Sie mal die Leinen hier auf", sagte er, "morelli und Hale,lösen Sie Cook und MacKay ab. In einer Stunde geht die Sonne unter,und die Nachtposten müssen anders eingeteilt werden."

Ein Ruf tönte von der Palme. Als sie aufblickten,bemerkten sie,dass Brown, obwohl er bewegungslos blieb, über irgend was in Erregung geraten war. Er sah hinunter und rief ihnen etwas zu,was sie nicht verstehen konnten.

"Was ist los?" schrie der Sergeant durch die als Trichter vor den Mund gelegten Hände.

Dann hörten sie zwei Geräusche so kurz hintereinander,dass später niemand wusste, welches das erste gewesen war....ein schwaches "Phüt" aus der Ferne und ein furchtbares Prasseln und Krachen in der Nähe.....

(Fortsetzung folgt.)